

Veröffentlicht am 22. Februar 2016

SOZIALER FUSSABDRUCK

# Unbehagen der Angestellten in den europäischen Institutionen

Selbstmorde, Burnout, Diskriminierungen und Entlassungen der Gewerkschaftsvertreter beim Europäischen Patentamt (EPA) und bei der Europäischen Zentralbank (EZB)... Gewerkschaften und politische Mandatsträger schlagen Alarm wegen des Unbehagens der Angestellten bei den europäischen Institutionen. Zur Debatte steht insbesondere die juristische Straffreiheit dieser Institutionen: sie unterstehen keinerlei nationaler Gesetzgebung, unterliegen keiner externen Kontrolle und erlassen ihre eigenen Vorschriften. Entschlüsselung.



Der neue Sitz der EZB in Frankfurt, Deutschland.  
Claire Stam

Alles begann vor drei Jahren mit [anonymen Briefen](#). *"Sie stammten von Bürgern, die in meinem Zuständigkeitsbereich leben, und machten mich auf die ernsthaften Führungsprobleme innerhalb des Europäischen Patentamts (EPA) mit Sitz in München aufmerksam. Sie baten mich, ihre Namen nicht bekanntzugeben"*, vertraut uns Pierre-Yves Le Borgn' an, Abgeordneter für die Franzosen im Ausland für das Gebiet Deutschland, Mitteleuropa und Osteuropa.

So angesprochen, nimmt der Abgeordnete Kontakt zu diesen Personen auf und trifft sie nach und nach *"sehr früh am Morgen und viele Kilometer vom EPA-Sitz entfernt"*. Sie alle weisen ihn auf das Risiko hin, dass sie mit der Kontaktaufnahme mit ihm eingehen: *"Sie bitten mich*

*dringend, ihre Identität nicht preiszugeben, da sie gegen sie gerichtete Disziplinarmaßnahmen befürchten".*

## **Das EPA – eine schädliche Umgebung und eine umstrittene Leitung**

Die Institution, die Patente für 38 europäische Länder erteilt, ist in München, Berlin, Brüssel, Den Haag und Wien präsent. Sie beschäftigt 7000 hochqualifizierte Profis, mindestens dreisprachige Ingenieure, die die neuesten Erfindungen auf sämtlichen Gebieten analysieren. Seit 2010 jedoch befinden sich die Amtsleitung und die Gewerkschaft IGEPa im Streit. Ein Zeitpunkt, der mit dem Amtsantritt des Franzosen Benoît Battistelli und seiner Reformpolitik als Leiter der EPA zusammenfällt.

Genau was beklagen die Angestellten? Eine von Angst und Argwohn geprägte Arbeitsumgebung ("*Wir sind so weit gekommen, dass wir den in unseren Büros bereitgestellten Telefonen nicht mehr trauen*" heißt es in einem der an den Abgeordneten gerichteten Schreiben), ein drastisch eingeschränktes Streikrecht, übermäßige Überwachung, Disziplinarmaßnahmen und die Entlassung von Gewerkschaftsvertretern. Aber auch Untersuchungen und Befragungen von Angestellten im Rahmen der "*Ermittlungseinheit*" des EPA. Die Liste der Beschwerden ist ebenso lang wie besorgniserregend. Und das Unbehagen wird noch verstärkt durch die [fünf Selbstmorde von Angestellten, die das EPA seit drei Jahren zu verzeichnen hat](#).

Nach Kontaktaufnahme durch Novethic wollte das Amt unsere Fragen nicht beantworten. In einem öffentlich gemachten [Schreiben an Pierre-Yves Le Borgn'](#) jedoch beruft sich Benoît Battistelli auf "*eine heftige Verleumdungskampagne einiger Mitarbeiter des Amtes*" gegen die Leitung der Institution. Darin wird präzisiert, dass die "*laufenden Verfahren auf schwerwiegende Zwischenfälle zurückzuführen sind, die innerhalb der Personalvertretung eingetreten sind und auf die jeder verantwortungsvolle Arbeitgeber reagieren muss*", wie das Mobbing gegen ein Mitglied des gegen die IGEPa-Position eingestellten Zentralausschusses.

"*Nie zuvor habe ich einen solchen Konflikt erlebt*", ruft der Abgeordnete aus, der ausgebildeter Jurist ist und seit zwanzig Jahren in der Privatwirtschaft tätig war, bevor er sein Mandat übernahm. Laut seiner Aussage wird "*eine Schreckensherrschaft*" ausgeübt, die umso schlimmer ist "*in einem System, das keine Kontrolle von außen kennt*".

## **Die europäischen Institutionen: rechtsfreier Raum?**

Genau das ist der Kern des Problems. Denn als Organisation, die aufgrund des Europäischen Patentübereinkommens eingerichtet wurde, besitzt das EPA eine eigene Gesetzgebung, die die [Arbeitsbedingungen seiner Mitarbeiter](#) regelt. Man spricht von Rechtsimmunität, einer Rechtsstruktur, die der Amtsleitung freie Hand lässt, um ihre eigenen Gesetze zu machen. So

kann sich beispielsweise ein niederländischer oder deutscher Arbeitsinspektor nicht in die Büros des EPA wagen, solange Benoît Battistelli seine Zustimmung nicht erteilt hat.

Das Patentamt ist kein Einzelfall. 400 km entfernt, in Frankfurt, der Finanzkapitale von Deutschland, befindet sich der Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB). Carlos Bowles, Vorsitzender der Personalvertretung des Unternehmens, nimmt kein Blatt vor den Mund: *"Diese beiden riesigen Glastürme laden zum Suizid ein"*.

Unter den Angestellten der Bank 2014 und 2015 durchgeführte Audits bezeugen ein echtes Unbehagen. Gemäß der sogenannten MBI-Evaluierung (Maslach Burnout Inventorie) durch eine vom Betriebsrat beauftragte Kanzlei zeigt ein Drittel der 903 befragten Mitarbeiter von den insgesamt 2344 Mitarbeitern der Institution ein Überarbeitungsrisiko. Ein weiteres Drittel zeigt Anzeichen von Erschöpfung. Und 4,5% geben an, sich mit Suizidgedanken zu tragen. Grund dafür sind die Arbeitsüberlastung und die Situation chronischer Unterbesetzung infolge der plethorischen Erhöhung der Zahl der Aufgaben seit der Finanzkrise im Jahr 2007. Hinzu kommen die wiederholten befristeten Arbeitsverträge und das Klima der *"Vetternwirtschaft"*, das bestimmte Mitarbeiter verspüren. Aber auch dort ist die EZB nicht auf unsere Aufforderungen eingegangen, ihre Version der Fakten mitzuteilen.

Für Carlos Bowles wird dieses Unbehagen verstärkt durch die juristische Straffreiheit, die die EZB genießt. Wie bei den übrigen europäischen oder internationalen Institutionen (NATO, UNO...) ist das Recht des Landes, in dem das Personal tätig ist, nicht anwendbar.

*"Aufgrund der Unabhängigkeit, die der EZB durch Verträge eingeräumt wurde, ist das deutsche Arbeitsrecht innerhalb der EZB, obgleich sie sich in Frankfurt befindet, nicht anwendbar"*, erklärt der Personalbeauftragte. *"Für die Angestellten ist die Europäische Zentralbank nicht nur Arbeitgeber, sie hat auch gesetzgeberische Funktion"*, fährt Carlos Bowles fort.

Das für die EZB-Mitarbeiter geltende Recht ist ein spezielles Recht, welches vom EZB-Rat und dem Direktorium einseitig erarbeitet wurde – Instanzen, denen Gesetzgebungsbefugnisse zugestanden werden, obgleich ihre Mitglieder nicht gewählt werden und ihre Beschlüsse in diesem Bereich der Geheimhaltung unterliegen.

## **Eine Schande für die EZB und das EPA**

Das Schweigen über die Arbeitsbedingungen innerhalb der europäischen Institutionen war lange angezeigt wegen der hohen Gehälter und der zahlreichen Vorteile (Finanzierung der Schulausbildung für die Kinder, geringer Steuersatz usw.). Es beginnt jedoch brüchig zu werden. Allmählich werden diese Fälle vor Gericht gebracht.

Vergangenen Dezember hat das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (TFP) die EZB wegen eines diskriminierenden Aspekts ihrer Personalpolitik schwer bestraft. Sie schloss die Personalvertreter aufgrund ihrer Aktivitäten von einem der Zugänge zu Beförderungen aus. Am 17. Februar 2015 urteilte der Gerichtshof in Den Haag (wo sich eine der EPA-Außenstellen befindet), dass das Amt die Grundrechte seiner Angestellten verletze,

indem es die Aktivitäten der Hausgewerkschaft behindere. Das EPA hat Berufung eingelegt (siehe [die Argumente des EPA-Vizepräsidenten Willy Minnoye](#)).

Hinter diesen Rechtssachen bleibt eine Frage zu entscheiden: Welches ist die soziale Auswirkung der Rechtsimmunität, der sich diese internationalen Organisationen erfreuen?

Claire Stam, Korrespondentin in Frankfurt